

N i e d e r s c h r i f t

der 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 21.09.2004

öffentlich

Ort: Ratshof, Raum 105/107
Zeit: 16:30 Uhr bis 18.58 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Bestellung einer Protokollführerin für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
Vorlage: IV/2004/04403
4. Darstellung der Aufgaben des Geschäftsbereiches Jugend, Soziales und Gesundheit und des Fachbereiches Gleichstellung
Mündliche Berichterstattung Frau Bürgermeisterin Szabados und die Gleichstellungsbeauftragte Frau Schmotz
5. Informationen zur Sitzungsplanung
6. Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II
Mündliche Berichterstattung Frau Bürgermeisterin Szabados
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
Optimierung des Geschäftsstellennetzwerk der AOK
Teilnahme Frau Fräßdorf Geschäftsführerin der AOK Halle

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die Ausschussvorsitzende Ute Haupt begrüßt die Anwesenden, leitet die Sitzung und bringt den Wunsch nach guter Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren zum Ausdruck.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Frau Szabados stellt den Antrag zum Vorziehen der Information der AOK, unter TOP 9 Mitteilungen vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Änderungsantrag zu.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird angenommen.

zu 3 Bestellung einer Protokollführerin für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss Vorlage: IV/2004/04403

Wortprotokoll:

Frau Chaghouri wurde zur Protokollführerin und Frau Sarah Müller zur stellv. Protokollführerin von den Mitgliedern des Sozial- Gleichstellungs- und Gesundheitsausschuss bestellt.

Beschluss:

Die Zustimmung erfolgte einstimmig.

zu 4 Darstellung der Aufgaben des Geschäftsbereiches Jugend, Soziales und Gesundheit und des Fachbereiches Gleichstellung Mündliche Berichterstattung Frau Bürgermeisterin Szabados und die Gleichstellungsbeauftragte Frau Schmotz

Wortprotokoll:

Es erfolgt die Vorstellung der Struktur und Aufgaben des Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit durch **Frau Szabados** und des Bereichs der Gleichstellungsbeauftragten

durch **Frau Schmotz**, im Überblick. Die Organigramme beider Bereiche werden erläutert und schriftlich übergeben.

zu 5 Informationen zur Sitzungsplanung

Wortprotokoll:

Der Sitzungsplan ist den Mitgliedern des SGGA mit der Einladung zugegangen. Es werden keine Veränderungen an den Vorschlägen vorgenommen. Die Sitzungstermine im Jahr 2004: 12.10., 02.11. und 07.12.2004.

Sondersitzungen sind nur im Ausnahmefall vorgesehen.

Es liegt Einverständnis im Ausschuss über den zeitlichen Beginn, jeweils 16.30 Uhr, der Sitzungen vor.

Frau Szabados bittet alle Ausschussmitglieder Anträge im Vorfeld der Sitzungen des SGGA zu stellen, möglichst mit kurzem schriftlichem Hinweis.

Frau Szabados schlägt für die Ausschusssitzungen die folgende Vorgehensweise vor:

Mündliche Anfragen werden, so es möglich ist in der laufenden, bzw. in der folgenden Sitzung beantwortet.

Die Tagungsorte sollen so gewählt werden, dass ein Einblick in die Arbeit der Träger vor Ort bzw. deren Vorstellung erfolgen soll.

Frau Szabados bittet darum Einzelfragen in den Ausschüssen zu beraten, nicht im Stadtrat. Frau Szabados schlägt weiterhin vor, wie bisher im Sozial- und Gesundheitsausschuss praktiziert, die Sachkunde der Liga der freien Wohlfahrtspflege und der Seniorenvertretung mit in die Arbeit des Ausschusses einzubeziehen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder bekunden ihr Einverständnis zu diesem Vorschlag. Eine diesbezügliche Beschlussvorlage wird vorbereitet.

zu 6 Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II Mündliche Berichterstattung Frau Bürgermeisterin Szabados

Wortprotokoll:

Frau Szabados informiert über den Stand der Umsetzung des SGB II in Ergänzung der letzten Vorlage im Stadtrat.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereich Soziales und der Agentur für Arbeit arbeiten derzeit in kleinen Gruppen zusammen. Verwaltungsseitig sind Herr Schneller, Frau Dr. Radig, Frau Grummisch und Frau Schmidt eingebunden.

Mit der Leiterin der Agentur für Arbeit, Frau Edner trifft sich Frau Szabados alle 3-4 Wochen regelmäßig zu aktuellen Gesprächen.

Für vorbereitende Leistungen stellt der Bund Mittel als Kostenpauschale zur Verfügung. Für Aufgaben die zusätzlich zum laufenden Verwaltungsgeschäft zu erfüllen sind. Das betrifft die Antragsbearbeitung bis hin zur Erstbescheinigung der SGB II Leistungen.

Die Stadtverwaltung Halle wird hierbei die bisherigen Sozialhilfeempfänger und die Agentur für Arbeit die bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger betreuen.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe werden, auf freiwilliger Basis Überstunden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Stadtverwaltung, angewiesen. Das Verfahren ist derzeit in der Mitbestimmung. Aktuell sind vom 01.09.-31.12.2004 für 131 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Überstunden angeordnet (4 Std. wöchentlich). Dafür entstehen keine extra Personalkosten.

Die Arbeitsgemeinschaft ist gemäß des Beschlusses im Stadtrat in Vorbereitung.

Die Projektgruppe befindet derzeit über die günstige Rechtsform. Zur Diskussion stehen ein öffentlich rechtlicher Vertrag oder eine gemeinnützige GmbH.

Der Sozial- Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss befindet in seiner nächsten Sitzung über die Vorschläge und spätestens im November 2004 ist die Entscheidung im Stadtrat erforderlich.

Als Ausblick für Stadtverwaltung ist vorgesehen, dass 100-120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Arbeitsgemeinschaft wechseln, dabei aber Angestellte der Verwaltung bleiben. Eine Bezeichnung für diese Verfahrensweise ist noch nicht gefunden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen diesen Prozess jedoch sehr positiv. Die Beteiligung Dritter ist wahrscheinlich.

Frau Szabados führt zu den Unterkunftskosten aus, dass die Stadt Halle (Saale) ein Interesse hat, die Unterkunftskosten nicht zu gering anzusetzen. Zur Angemessenheit der Wohnungsgröße existieren bundesweite Richtlinien:

45 m ²	1 Personenhaushalt
60 m ²	2 Personenhaushalt
75 m ²	3 Personenhaushalt
85 m ²	4 Personenhaushalt
95 m ²	5 Personenhaushalt
Für jede weitere Person + 10 m ²	

Die Verwaltung orientiert sich am Mietspiegel, dabei sind 6,60 € eine angemessene Warmmiete. Es werden immer Einzelfallentscheidungen vorgenommen.

Die Zielstellung ist die Sicherung der derzeitigen Wohnung. 10-15 % Aufschläge sind dabei in der Diskussion. Umzüge sollen vermieden werden. Das oberste Ziel ist Menschen zu schützen.

Frau Szabados wird auch den Finanz- und Wirtschaftsausschuss informieren.

In der anschließenden Diskussion werden die folgenden Aspekte angesprochen:

- Zahl der Antragsteller liegt derzeit bei ca. 600. Mittels Presseveröffentlichungen (Aufrufe) sollen Antragsteller aktiviert werden. Ohne Antrag gibt es keinen Bescheid und damit kein Geld. Dennoch wird Niemand falle gelassen, es wird eine „schnelle Eingreifgruppe“ gebildet.
- Erwartete Haushaltsentlastung für der Stadt Halle (Saale) – die 29,1% Bundesbeteiligung (Rückerstattung vom Bund) tritt nur dann ein, wenn sich das Land Sachsen-Anhalt nicht auf Kosten der Stadt entlastet (d.h. Weiterzahlungen des Landes in gleicher Höhe wie bisher Wohngeldzahlungen an die Kommune erfolgte).
- Zur Angemessenheit der Wohnungsgröße existieren bundesweite Richtlinien, für Wohneigentum betragen diese 500 m² in der Stadt und 800 m² auf dem Lande. Ggf. ist die Grundstücksgröße anrechenbares Vermögen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Sozial- Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss beschliessen, die Information über den aktuellsten Stand zur Thematik, regelmäßig bei jeder Ausschusssitzung, aufzunehmen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Wortprotokoll:

keine

zu 8 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

keine

**zu 9 Mitteilungen
Optimierung des Geschäftsstellennetzwerk der AOK
Teilnahme Frau Fräßdorf Geschäftsführerin der AOK Halle**

Wortprotokoll:

Frau Fräßdorf informiert über Neuerungen bei der AOK Niederlassung Süd.

Die Veränderungen stehen im direkten Zusammenhang zu den Regelungen im Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG). Die AOK Niederlassung Süd hat 50 Tausend Mitglieder und 75 Tausend Versicherte.

Im Zuge der Deckelung von Verwaltungskosten hat die AOK Veränderungen im Servicebereich vorgenommen, die zur Senkung der Verwaltungskosten führen und damit zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit. Betriebsbedingte Kündigungen sollen im Prozess vermieden werden.

Eine diesbezügliche Pressemitteilung der AOK Niederlassung Süd vom 21.09.04 wurde den Ausschussmitgliedern übergeben.

Frau Fräßdorf bietet dem Sozial- Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss an, auf dessen Wunsch, auch in Zukunft Auskünfte zu gesundheitspolitischen Fragen zu geben.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08
